

Sitzungsvorlage		Vorlage- Nr:	VO/2017/0812-61
Federführend: 61 Stadtplanungsamt		Status:	öffentlich
Beteiligt:		Aktenzeichen:	
		Datum:	08.03.2017
		Referent:	Beese Thomas
Flächennutzungsplan-Änderungsverfahren (mit integriertem Landschaftsplan) für den Bereich südwestlich des Klinikums Am Bruderwald			
Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Zuständigkeit	
05.04.2017	Bau- und Werksenat	Entscheidung	

- **Bericht über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)**
- **Bericht über die Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB**
- **Beschluss über die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB**
- **Beschluss über die Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2**

I. Sitzungsvortrag:

Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Gemäß Aufstellungsbeschluss des Bau- und Werksenates vom 06.12.2016 (VO/2016/0403-61) wurde zum Flächennutzungsplan-Änderungskonzept in der Fassung vom 06.12.2016 die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß §3 Abs.1 Baugesetzbuch (BauGB) in Form eines Aushangs mit Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung im Zeitraum vom 30.01.2017 bis 20.02.2017 durchgeführt sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB beteiligt.

Zum Flächennutzungsplan-Änderungskonzept wurde ein Umweltbericht (04.01.2017) erarbeitet.

Behandlung der Stellungnahmen

Die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen erfolgt in tabellarischer Form (Anlage). Die Stellungnahmen führten zu keiner Änderung der Planung. Es gingen die nachfolgenden Schreiben ein:

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange

- | | |
|--|------------------------------|
| 1. Regierung von Oberfranken | mit Schreiben vom 15.02.2017 |
| 2. Regierung von Mittelfranken, Luftamt Nordbayern | mit Schreiben vom 24.01.2017 |
| 3. Regionaler Planungsverband Oberfranken-West | mit Schreiben vom 02.02.2017 |
| 4. Amt für Ländliche Entwicklung Oberfranken | mit Schreiben vom 25.01.2017 |

- | | |
|--|------------------------------|
| 5. Stadtwerke Bamberg | mit Schreiben vom 21.02.2017 |
| 6. Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bamberg | mit Schreiben vom 10.02.2017 |
| 7. Entsorgung und Baubetrieb der Stadt Bamberg (EBB) | mit Schreiben vom 20.02.2017 |
| 8. Bayerischer Bauernverband, Geschäftsstelle Bamberg | mit Schreiben vom 20.02.2017 |
| 9. Staatliches Bauamt | mit Schreiben vom 14.02.2017 |
| 10. Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehr-
alarmierung, Bamberg – Forchheim | mit Schreiben vom 25.01.2017 |
| 11. Bürgerverein am Bruderwald e. V. | mit Schreiben vom 02.02.2017 |
| 12. Bürgerverein Bamberg Süd-West e. V. | mit Schreiben vom 16.02.2017 |
| 13. Bundesnetzagentur (Berlin; Mainz) | mit Schreiben vom 20.01.2017 |

Öffentlichkeit

Eigentümer von Grundstücken, die im Geltungsbereich der FNP-Änderung liegen (Unterschriftenliste)	mit Schreiben vom 10.02.2017
--	------------------------------

II. Beschlussvorschlag:

1. Der Bau- und Werkssenat nimmt den Bericht des Baureferates zur Kenntnis.
2. Der Bau- und Werkssenat billigt die im Sitzungsvortrag vorgeschlagene Behandlung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB.
3. Der Bau- und Werkssenat billigt die im Sitzungsvortrag vorgeschlagene Behandlung der Anregungen aus der Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB.
4. Der Bau- und Werkssenat beauftragt das Baureferat, den Flächennutzungsplan-Änderungsentwurf vom 05.04.2017 und den Entwurf der Begründung vom 08.03.2017 sowie den Umweltbericht vom 04.01.2017 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.
5. Der Bau- und Werkssenat beauftragt das Baureferat, zum Flächennutzungsplan-Änderungsentwurf vom 05.04.2017 und zum Entwurf der Begründung vom 08.03.2017 sowie zum Umweltbericht vom 04.01.2017 die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB einzuholen

III. Finanzielle Auswirkungen:

Der unter II. empfohlene Beschlussantrag verursacht

X	1.	keine Kosten
	2.	Kosten in Höhe von für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr bzw. im geltenden Finanzplan gegeben ist
	3.	Kosten in Höhe von für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Im Rahmen der vom Antrag stellenden Amt/Referat zu bewirtschaftenden Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht:
	4.	Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten:

Falls Alternative 3. und/oder 4. vorliegt:

In das **Finanzreferat** zur Stellungnahme.

Stellungnahme des **Finanzreferates:**

Anlage/n:

Abwägungstabelle

Verteiler: